

Leipziger Tageblatt

Abend-Ausgabe

Handels-Zeitung

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umgeb. zweimal wöchentlich in der Post abzugeben, monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., für Abnehmer monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M., halbjährlich 5,50 M., jährlich 10,00 M. Ausland: monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,00 M., jährlich 15,00 M. Einzelnummern: 10 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Weimarer Republik, des Reichsgerichtes Leipzig, sowie verschiedene andere Behörden.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Umgeb. die erste Zeile 1,20 M., die zweite 1,00 M., die dritte 0,80 M., die vierte 0,60 M., die fünfte 0,50 M., die sechste 0,40 M., die siebente 0,30 M., die achte 0,20 M., die neunte 0,15 M., die zehnte 0,10 M. Ausland: die erste Zeile 1,50 M., die zweite 1,20 M., die dritte 1,00 M., die vierte 0,80 M., die fünfte 0,60 M., die sechste 0,50 M., die siebente 0,40 M., die achte 0,30 M., die neunte 0,20 M., die zehnte 0,15 M. Einzelnummern: 10 Pf.

Nr. 283

Donnerstag, den 16. Juni

1921

Schweres Grubenunglück bei Zwickau, Die Moskuschüler von Angora

Absturz eines Fördergerüsts — 12 Tote

(Eigener Drahtbericht.)

Zwickau, 16. Juni.

Auf Schacht I des Steinkohlenwerkes Florentin Kästner & Co. in Reinsdorf bei Zwickau ereignete sich gestern mittag 2 Uhr beim Einfahren der Mittagschicht ein schweres Unglück. Aus noch nicht einwandfrei festgestellter Ursache stürzte das Fördergerüst nebst Seil und Seilrolle etwa 500 Meter in die Tiefe; von den 12 Bergleuten, die sich im Förderstuhl befanden, war die Mehrzahl sofort tot; die anderen erlagen im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen. Die Leichen wurden gegen 4 Uhr nachmittags geborgen. Zehn von den Verunglückten waren verheiratet.

Wie sich das Unglück hat ereignen können, ist ein Rätsel, da bei der Eilsfahrt immer die peinlichste Gewissenhaftigkeit obwaltete und mit der Aussicht bei der Personalförderung nur alle erprobte und anerkannt zuverlässige Leute betraut waren. Infolge einer Verkettung von unglücklichen Umständen zog das Fördergerüst beim Sturz in den Schacht den Kopf der Fördermaschine nach, so daß die am Gestell angebrachte Fangvorrichtung nicht wirken konnte. Das Gestell schlug

mit solcher Wucht in die Tiefe des Schachtes auf, daß bei den sofort mit größter Beschleunigung vorgenommenen Vergungsarbeiten die sechs im Niedergeschoss befindlichen Bergleute nur als Leichen herausgebracht werden konnten. Von den sechs aus dem Obergeschoss herabgehobenen Leuten waren fünf noch am Leben; sie wiesen aber derartig komplizierte Verletzungen auf, daß drei von ihnen schon auf dem Transport von der Unfallstelle nach oben verstarben. Die anderen Verunglückten brachte man sofort mit Krankentransportwagen in das Zwickauer Krankenhaus, wo sie ebenfalls noch am selben Nachmittag ihren Verletzungen erlagen.

Die Namen der 12 Verunglückten sind folgende: Heuer Schmutzler aus Reinsdorf bei Zwickau, verheiratet, 2 Kinder; Heuer Ulrich aus Hüttenhof, verheiratet, 1 Kind; Heuer Mag. Weier aus Vielau, verheiratet, 1 Kind; Heuer Albin Meier aus Friedrichsgrün, verheiratet, 1 Kind; Fördermann Walter Schierz aus Wildenfels, ledig; Heuer Barichel aus Wildenfels, ledig; Fördermann Wieg aus Wilkau, ledig; Maschinenwärter Schönfelder aus Vielau, verheiratet, 3 Kinder; Einerschläger Siet aus Reinsdorf, verheiratet, 3 Kinder; Heuer Schulz aus Vielau, verheiratet, 3 Kinder; Lehrfeuer Friedrich aus Friedrichsgrün, verheiratet, 5 Kinder; Fördermann Bedert aus Oberhöhn, ledig.

Die Moskuschüler von Angora

Von F. C. M. Jahn

Von allen Ententestaaten hat England am meisten von einem bolschewistischen Rußland zu fürchten. Gewiß, die Franzosen sind in finanzieller Hinsicht mit ihren, dem alten Rußland geborgten Milliarden die Hauptleidtragenden. Darüber hinaus aber gibt es für Frankreich wenigstens keine direkten Reibungsflächen, während das russische Reich mit seinem wichtigsten und zugleich empfindlichsten Feind, mit Indien, Rußlands Nachbar ist. Indien kann von Moskau aus revolutioniert werden. Dieses Kampfmittel wurde selbstverständlich von einem autokratischen Rußland nicht angewandt. Als aber Lenin und seine Freunde in den Kraml eingezogen waren, da haben sie rasch erkannt, welches mächtigste Druckmittel sie mit der Propaganda dem stärksten auswärtigen Feind gegenüber in der Hand hatten; und daher war es auch ihr erstes Ziel, mit dem Islam zu einem Bündnis zu gelangen. Innere Sympathien mit dem kriegserrigsten Herrscher der Türkei, der Arbeiter- und Bauern-Republik gewiß nicht. Aber es galt, auf diesem Wege die Mohammedaner, den aktivsten Teil der Bevölkerung Indiens und des gesamten Vorderasiens, zu gewinnen.

Die Engländer haben die ihrem asiatischen Besitz drohende Gefahr frühzeitig eingesehen, und es ist deshalb nur begreiflich, daß London anfangs so lange noch hoffen konnte, die Bolschewisten von außen her zu stützen, das Hauptkontingent zum Kampfe gegen Moskau gestellt hat. Aber als es sich immer mehr herausstellte, daß man auf diesem Wege den Sowjetleuten nicht beikommen konnte, daß vielmehr die verunglückten Expeditionen Koffchaks, Denikins und der anderen Generale eine Stärkung des bolschewistischen Regimes herbeiführten, da warf die britische Regierung kurz entschlossen das Steuer herum und suchte eine Verständigung mit dem Gegner, den sie nicht vernichten konnte. Neben den Beweggründen wirtschaftlicher Natur, über die in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden soll, ist es in erster Linie das Interesse der Sicherheit Indiens gewesen, das Lord George zum Abschluß des Handelsvertrages mit Moskau bewogen hat. So konnte man hoffen, die unmittelbare Gefahr für den indischen Besitz abgewandt zu haben.

Ebenso wie Lenin sich bei seiner Bündnispolitik gegenüber den Jungtürken von sehr realen Motiven leiten ließ, haben auch Enver und seine Freunde nicht um der schönen Augen der Bolschewisten willen das Bündnis mit Moskau geschlossen. Ihnen kam es auch nicht nur darauf an, für das eigene teure Haupt, das in Konstantinopel gesichert war, ein sicheres Rückplätzchen zu gewinnen, sondern auch sie hatten und haben ein großes politisches Ziel vor Augen: die Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches oder noch mehr: die Errichtung eines panislamitischen Bundes unter türkischer Führung.

Der Vertrag von Sèvres hatte von dem türkischen Reich nur einen kümmerlichen, auf das kleinasiatische Hochland zurückgedrängten Rest übriggelassen. Die alte Hauptstadt war den Türken nach langem Hin und Her zwar als europäischer Brückenkopf gelassen, aber unter so vielfachen Bindungen, daß von einer wirklichen Souveränität der Türken über Konstantinopel keine Rede mehr sein konnte. Von der Megaloküste hatten die Griechen den wichtigsten Hafen Smyrna mit einem großen Stück Hinterland zugewiesen erhalten; die Italiener hatten sich den Golf von Adalia angeschlossen; Syrien war französisches, Palästina englisches Mandat geworden; und aus halbsovereänen Staaten in Arabien und Mesopotamien baute sich England seine Landbrücke nach Indien. Gegen diese Zerstückelung bäumte sich der Nationalstolz der Türken auf, und da in Konstantinopel unter den Weltnetzen der Entente keine kräftige Regierung aufkommen konnte, so fand der jungtürkische Führer Kemal Pascha, als er im Herzen Kleinasien, in Angora, eine nationale Gegenregierung aufrief und zu bewaffnetem Widerstand aufrief, von allen Seiten Zustimmung. Angora wurde zum Zentrum der von Enver mit den Bolschewisten vorbereiteten panislamitischen Bewegung. Waffen, Geld und guten Rat lieferte Moskau. Eine Reihe von glücklichen Seerampeln mit den Entente-Befehlshabern an der Küste des Marmarameeres, die Anfangserfolge des von Kemal unterstützten Emir's Fajal in Syrien erhöhten das Ansehen der neuen Regierung. Die Entente sah sich plötzlich der Gefahr eines schwierigen und kostspieligen Feldzuges gegenüber. So lagen die Dinge zu Anfang dieses Jahres.

Da bot die Rückkehr Konstantins nach Griechenland der Entente eine Gelegenheit, den Vertrag von Sèvres zu revidieren, ohne den peinlichen Anschein zu erwecken, als ob man vor den Kemalisten zurückweichen würde. Man konnte vorbringen, daß die dem verbündeten Griechenland gegebenen Versprechungen einem Griechenland gegenüber nicht bindend seien, das den Schwager Wilhelms II. zurückgerufen hatte. Diese These wurde besonders energisch von Frankreich vertreten, wo weder die finanzielle Lage, noch die Volksstimmung neue kriegerische Verwicklungen im Orient gestattete. Die französischen Staatsmänner fanden in den Italienern die eifrigsten Sekundanten, weil Italien naturgemäß gegen jede Machterweiterung seines griechischen Rivalen sein muß. England hingegen war geneigt, den Standpunkt zu vertreten, daß der Regierungswechsel in Athen den einmal abgehandelten Verträge nichts ändern könne. Bei dieser Haltung der britischen Regierung sind gewiß keine moralischen Motive bestimmend gewesen, auch haben schwerlich die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Konstantin und dem englischen Königshaus eine Rolle gespielt, sondern rein praktische Erwägungen. England muß jeden Zuwachs an Macht oder Prestige der Kemalisten bekämpfen, weil in Angora der Kristallisationspunkt für alle Teile des früheren Osmanischen Reiches gegeben ist und von hier aus

Die handelspolitischen Wirkungen der deutschen Leistungen

Rede eines führenden englischen Finanzmannes London, 16. Juni.

Der frühere britische Schatzsekretär und jetzige Vorsitzende der London Joint City and Midland Bank, Mac Kenna, führte vor einer Versammlung von Finanzleuten u. a. aus:

Die neuen Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldner, die infolge des Krieges zwischen den einzelnen Staaten entstanden sind, müssen unbedingt ernstlich fördernden Einfluß auf den internationalen Handel ausüben. Der größte Schuldner, nämlich Deutschland, muß 6750 Millionen Pfund Sterling, davon 6000 Millionen Pfund für Reparationen, entrichten, während die Vereinigten Staaten, der größte Vorkriegsschuldner, jetzt nicht mehr als 800 Millionen Pfund schuldet. Deutschland hat seinen ausländischen Gläubigern jährlich eine Mindestzahlung von 150 Millionen Pfund und eine Höchstzahlung von fast 400 Millionen zu entrichten. Es ist klar, daß Deutschland die Mittel für die Bezahlung nur durch den Verkauf von Waren im Ausland finden kann, oder, indem es den fremden Nationen durch seine Schifffahrt, seine Banken und sein Versicherungswesen Hilfe leistet. Mit anderen Worten, es muß durch seine sichtbare und unsichtbare Ausfuhr bezahlen. Der deutsche Außenhandel kann nicht bis zum Siedepunkt gesteigert, und ein so großer Ueberschuß zu Ausfuhrzwecken kann nicht aufrechterhalten werden, ohne daß die Löhne in Deutschland äußerst tief gehalten werden im Vergleich zu denjenigen, die in den konkurrierenden Ländern bezahlt werden. Wird die deutsche Arbeiterlöhne dem zukommen? Soweit dies augenblicklich beurteilt werden kann, muß die Antwort bejahend lauten. Die Forderung der deutschen Arbeiter ist wohl darauf zurückzuführen, daß das augenblickliche Los der deutschen Arbeiter besser ist als während des Krieges. Die deutsche Regierung, Presse und Unternehmer werden dem deutschen Arbeiter klarmachen, wenn er nicht zu niedrigen Löhnen arbeite, könne die große Schuld Deutschlands nicht bezahlt werden und eine fremde Invasion werde die Folge sein. Die Versicherung der deutschen Presse wird bestärkt durch Erklärungen der Staatsmänner im Obersten Rat, die deutschen Arbeiter mit einer erneuten Befragung zu bedrohen und mit der Blockade, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Es kann sich möglicherweise ergeben, daß die geforderten Beträge Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteigen. Man muß jedoch die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß Deutschland tatsächlich in der Lage ist, zu zahlen, und wenn dies der Fall ist, seine Aufmerksamkeit auf die Wirkung richten, die dies auf den ausländischen Handel, besonders auf den Handel mit England, ausüben wird.

Mac Kenna befaßt sich sodann mit der Wirkung des Reparationsplanes auf die unsichtbare deutsche Ausfuhr, nämlich auf die Handelszweige, die einen großen Teil der Stärke Englands auf dem Gebiete des Handels ausmachen. Die Wirkung auf die deutsche Schifffahrtsindustrie, fährt er aus, ist klar; es werden die Schiffe auf der deutschen Kostengrundlage gebaut und bemantelt, die Frachten- und Passagiergebühren werden jedoch auf internationalen Stande stehen. Der Zehnjährige Ausfuhrzoll wird daher tatsächlich eine Prämie von 26 Prozent zugunsten der deutschen Schifffahrt darstellen. Dasselbe gilt auch für die Bank- und Versicherungsgeschäfte. Deutschlands Schwierigkeiten werden in der Erfüllung seiner Verpflichtungen im ersten oder zweiten Jahre liegen. Es erfordert Zeit, Schiffe zu bauen und den Handel in Gang zu bringen. Wenn Deutschland jedoch 150 Millionen Pfund tilgen kann, die von ihm für dieses und das nächste Jahr gefordert werden, so ist es wahrscheinlich, daß im dritten Jahre die deutsche Industrie mit deutscher Energie und in solchem Umfange arbeiten wird, daß Deutschland in den Stand gesetzt wird, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Für die deutsche Regierung wird das eine Vereinerung von den Vätern bedeuten, während das Land seine Goldbarität und seine Stärke wiedergewinnt; für die deutschen Industriemagnaten bedeutet es billige Arbeit und großen

Ueberschuß. Die Last der Schulden wird in der Hauptsache vom deutschen Arbeiter getragen werden. Wenn Deutschland in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird es dem internationalen Handel Englands ernstlichen Schaden zufügen. Wenn andererseits Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so bedeutet dies einen Rückschlag in die Verhältnisse politischer Anordnung, die dem Frieden so gefährlich und dem Wiederaufleben des Handels so schädlich sind.

Mac Kenna sagte weiter, wir zwingen dem deutschen Volke Arbeitsbedingungen auf, die es ihm ermöglichen, Waren jeder Art billiger anzujertigen als wir. Die Deutschen müssen es tun, um ihre Schulden zu bezahlen. Wir bestehen auf der Zahlung der Schulden unter der Drohung mit der Befreiung des Gebietes und der Blockade. Dadurch zwingen wir unseren Handelsrivalen, unter Bedingungen zu leben, die es Deutschland ermöglichen, uns aus den ausländischen Märkten zu verdrängen.

Mac Kenna schlug vor, von Deutschland zu fordern, daß es nach England, Frankreich und den übrigen alliierten Ländern — je nach dem Bedürfnis dieser Länder — Artikel wie Kohle, Holz, Kattun und Zucker sende, die es allein in großen Mengen erzeugen. Dies werde ohne Zweifel bedeuten, daß viel deutsches Kapital, viel deutsche Arbeit aus dem Gewerbe herausgezogen und für die Erzeugung dieser Materialien herangezogen werden müßte, die die Länder, denen Deutschland schuldet, benötigen. Durch dieses Mittel könnte übrigens nicht eine so hohe Summe von 400 Millionen Pfund im Jahr erzielt werden, aber es würde wenigstens der britische Handel nicht so geschädigt werden, es würde kein Druck von außen die Löhne in Deutschland bis zu einem Punkte herabdrücken, der einen erfolgreichen Wettbewerb mit England im deutschen Außenhandel herbeiführt.

Zum Schluß sagte Mac Kenna, diese Ausführungen über die Schulden Deutschlands seien auch auf die Schulden der anderen Länder anwendbar.

Die deutschen Zahlungen

Paris, 16. Juni.

Der Reparationsausschuß teilt in einer offiziellen Bekanntmachung mit, die deutsche Regierung werde zu der im Londoner Abkommen vorgesehene Frist vom 1. Juli eine Schuldverpflichtung über 12 Milliarden Goldmark übergeben, eine Entscheidung, die im Einklang mit den Deutschen getroffen worden sei.

Hierzu bemerkt der „Temps“, diese Schuldverpflichtung, die ein Anerkennung des ersten Teils der deutschen Schuld darstelle, solle später in eine gewisse Anzahl von Obligationen nach Uebersicht der alliierten Mächte eingeteilt werden. Dieser Teil der Schuld soll fünf Prozent Zinsen tragen und mit 1 Prozent amortisiert werden. In der Bekanntmachung teilt der Reparationsausschuß ferner mit, er habe in der Angelegenheit der deutschen Holzlieferung die deutsche Regierung daran erinnert, daß er eine strenge Ansehaltung der vorgedruckten Fristen erwarte. Die Fristen erstreckten sich vom 28. Mai bis 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitabschnittes seien 600 000 Kubikmeter Holz zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt werden.

Das neue Loch im Westen

Berlin, 15. Juni.

Der Reichswirtschaftsminister hat dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Gesetzentwurf über die Ueberwachung des Verkehrs mit Postfächern zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet vorgelegt. Man müsse ohne solche Ueberwachung eine Ueberschwemmung aus dem unbesetzten Gebiete mit unerwünschten ausländischen Luxuswaren befürchten. Schon jetzt wird dieser Zustand auf eine halbe bis eine Milliarde monatlich geschätzt. Hieraus ist vermutlich die Schwächung der deutschen Valuta zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte sich einstimmig mit dem Gesetzentwurf einverstanden und schloß dann ebenfalls einstimmig eine Entschließung, durch die die Regierung ersucht wird, auf die Befreiung der dem Friedensvertrage und dem Völkervertrag widersprechenden Zwangsmassnahmen mit größtem Nachdruck hinzuwirken.